

# Freundschaft

Deutsche Tageszeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

## Informationsmitteilung über die Sitzungen des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Am 19. November wurden auf den Vor- und Nachmittagsitzungen des Parlaments, denen der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR J. M. Assanbajew, präsidierte, die Fragen der Vervollkommnung der Struktur der Staatsmacht- und Verwaltungsorgane in der Republik erörtert, die schon auf der 1. Plenarsitzung der Tagung behandelt worden war, und im Zusammenhang damit auch der Gesetzentwurf über die Vornahme von Änderungen und Ergänzungen an der Verfassung (am Grundgesetz) der Kasachischen SSR.

Den Bericht erstattete der Präsident der Kasachischen SSR N. A. Nasarbajew.

Mitteilungen über die Ergebnisse der Erörterung der Struktur der Exekutiv- und Verfügungsgewalt in den Komitees des Obersten Sowjets machten die Vorsitzenden der Komitees: für Fragen der Gesetzgebung, Gesetzlichkeit und Rechtsordnung — N. I. Akujew, für Fragen der Wirtschaftsreform, des Haushalts und der Finanzen — S. T. Takechanow, für Fragen der Arbeit der Sowjets der Volksdeputierten, der Entwicklung der Verwaltung und Selbstverwaltung — J. A. Klotschkow, für Fragen der Entwicklung der Industrie, des Transport- und des Fernmeldewesens — Ch. D. Driller.

An der Erörterung der Frage beteiligten sich Vorsitzende der Komitees und Kommissionen des Obersten Sowjets: O. S. Sabdenow, B. S. Aitmowa, A. I. Bektemisow, M. M. Nurtašin, T. T. Tocharow, A. Kekilbajew, die Deputierten: J. D. Gortschak, S. A. Tereschtschenko, U. B. Balmuratow, S. S. Sartajew, G. A. Kaljewa, S. S. Simanow, R. Nysanbajew, K. Medjewa, T. B. Sulejmenow, N. A. Woronko, M. T. Ospanow, P. A. Pawlina, W. K. Voos, T. U. Sysdykow, W. J. Kornew, L. K. Kljnow und Sh. Kaljewa.

Darauf schritten die Deputierten zur artikulativen Annahme des Gesetzes „Über die Vervollkommnung der Struktur der Exekutiv- und Verfügungsgewalt in der Kasachischen SSR und die Vornahme von Änderungen und Ergänzungen an der Verfassung (am Grundgesetz) der Kasachischen SSR“.

Viele Sowchose und Kolchose der Republik, die die Erntebringung erfolgreich vollendet haben und ausreichend Getreide besitzen, ziehen dessen Realisierung unbegründet in die Länge. Eine Reihe von Gebietsexekutivkomitees gewährleisten nicht die nötige Organisation des Abtransports von Getreide in die Annahmehäuser und sabotieren dadurch die Erfüllung des Staatsauftrags.

Nach dieser Feststellung beauftragte der Ministerrat der Kasachischen SSR den Agrar-Industrie-Komplex (A. S. Jessimow), das Ministerium für Getreideerzeugung (J. I. Ostapenko) und die Gebietsexekutivkomitees, zwecks Gewinnung von Getreide für die Staatsreserven seine Aufbewahrung ab 15. November dieses Jahres den Abtransport von Getreide an die

## Im Ministerrat der Kasachischen SSR

Annahmehäuser und seinen zusätzlichen Verkauf an den Staat in folgendem Umfang — nach Gebieten — zu organisieren: Aktjubsch — 70 000 Tonnen, Karaganda — 50 000, Kokschetau — 370 000, Kustanai — 400 000, Nordkasachstan — 100 000, Taldy-Kurgan — 20 000, Turgai — 150 000, Uralai — 40 000, Zelinograd — 150 000, Tschimkent — 50 000 Tonnen.

Der Agrar-Industrie-Komplex ist verpflichtet, im November und Dezember dieses und in der ersten Hälfte des kommenden Jahres aus seinen Fonds materielle Ressourcen für den Gegenverkauf an die Agrarbetriebe gegen das an den Staat ab 15. November abgelieferte Getreide bereitzustellen. Dabei wird für eine Tonne Getreide — 0,2 Tonnen Zement, Asbestzementplatten —

0,02 Tonnen Einheitsselemente, Walzgut — 0,05 Tonnen, Erdölbitumen — 0,01 Tonnen, Nutzholz — 0,1 Kubikmeter verabfolgt.

Es wurde festgelegt, daß die Getreideannahmehäuser den Sowchosen und Kolchosen, die Getreide der Ernte dieses Jahres ab 15. November abgeliefert haben, Sonderschecks (bestätigte Scheine) mit Angabe der Menge des verkauften Getreides und der gemäß festgelegten Normen zu kommandierenden materiellen Ressourcen in der oben genannten Auswahl überreichen. Die Versorgungszentralen des Agrar-Industrie-Komplexes gewährleisten ab 1. Dezember dieses Jahres, jedoch nicht später als bis zum 1. Oktober 1991, die Realisierung der bereitgestellten Materialien an die Agrarbetriebe nur auf Vorlage der besagten Schecks. Diesen Agrarbetriebe bleibt das Recht auf den Gegenverkauf von Ressourcen und anderer materiellen Ressourcen unter Bedingungen vorbehalten, die durch den Beschluß der Republikregierung Nr. 413 vom 12. Oktober dieses Jahres vorgesehen sind. (KasTAG)

## Berufstreue

Schon von Kindheit an träumte Johannes Schilkowski vom Beruf eines Mechanisators. An seine Kindheit erinnert er sich aber nicht gern, denn sie fiel in die aufstrebenden Kriegsjahre. Schon früh lernte er schwere Arbeit kennen. Doch trotz aller Schwierigkeiten hegte er immer den Wunsch, einmal die Technik steuern zu können. Endlich wurde sein Traum Wirklichkeit. Es kamen die Zeiten der Neulanderschließung, und nach einem kurzen Lehrgang wurde er Traktorist. Sofort setzte man ihn beim Brachlandpflügen ein.

Seitdem ist schon viel Wasser in den Ural geflossen, an dessen Ufern der Sowchos „XVIII. Parteitag der KPdSU“ im Rayon Leninski, Gebiet Aktjubsch, st.

Mit der Zeit erlernte Johannes noch den Beruf eines Kombiführers, so daß er sich auch am Ernteinsatz beteiligen konnte. Überall und ständig erzielte er hohe Leistungen, war immer unter den Besten.

Doch gesundheitshalber mußte er seine Lieblingsbeschäftigung aufgeben. Der Technik sagte Johannes aber trotzdem nicht ab: Seit einigen Jahren leitet er die Reparaturwerkstatt des Sowchos.

Der Sowchos ist ein großer Agrarbetrieb mit verschiedenen Wirtschaftszweigen und einer Anbaufläche von über 20 000 Hektar. Und um sie zu bearbeiten, muß gute, einsatzbereite Technik vorhanden sein.

Johannes Schilkowski steht nicht nur unter seinen Kollegen, sondern auch im Sowchosvorbund in gutem Ruf. Er versteht mit den Menschen zu arbeiten und umzugehen, er vermittelt ihnen sein Können und seine Arbeitserfahrungen. Für gewissenhafte Arbeit wurde Johannes mehrmals ausgezeichnet. Die Medaille „Für Neulanderschließung“ und der Orden des Roten Arbeitsbanners sind ein Beweis dafür.

Hieronymus KELLERMANN, ehrenamtlicher Korrespondent der „Freundschaft“

Gebiet Aktjubsch

## Treffen in Paris

Die Präsidenten der UdSSR und der USA, M. S. Gorbatschow und G. Bush, sind am Montag in Paris zusammengetroffen. Die Unterredung fand in der Residenz des amerikanischen Staatsoberhauptes statt.

Die höchsten Repräsentanten beider Länder nehmen zur Zeit an dem Treffen von Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten teil, das am selben Tag in der französischen Hauptstadt eröffnet wurde.

(TASS)

## Delegation des Autonomen Gebiets Xinjiang-Uigur traf mit N. A. Nasarbajew zusammen

Am 19. November traf der Präsident der Kasachischen SSR N. A. Nasarbajew mit der Regierungsdelegation des Autonomen Gebiets Xinjiang-Uigur der VR China zusammen, die zu einem offiziellen Besuch in der Republik weilte.

Der Präsident informierte die Gäste über die sich in Kasachstan vollziehenden Umgestaltungsprozesse. Unter anderem wurde hervorgehoben, daß in der Republik mit dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Beziehungen auf gleichberechtigter Grundlage verschiedene Eigentumsarten gültig sein werden und ihre Ökonomik weitgehend für Auslandskapital geöffnet werden wird. Es entstehen neue Perspektiven zur weiteren Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit mit dem Autonomen Gebiet Xin-

jiang-Uigur, die auch gegenwärtig auf einem guten Niveau unterhalten wird. Es erstarbt der Grenzhandel, es wurden beständige Transportverbindungen hergestellt, aktiver werden die Kontakte zwischen Verwandten. Jetzt geht es darum, dieser Zusammenarbeit einen umfassenden Charakter zu verleihen und die gewaltigen Ressourcen beider Seiten zu nutzen.

Der Delegationsleiter, Vorsitzender der Regierung des Autonomen Gebiets Xinjiang-Uigur T. Dawamat dankte für den herzlichen Empfang auf dem Boden Kasachstans. Er sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Beziehungen im wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und Kulturbereich zwischen China und der UdSSR, dem Autonomen Gebiet Xinjiang-Uigur und der

Kasachischen SSR erstarben, und verließ seiner Hoffnung Ausdruck, daß sie sich erfolgreich weiterentwickeln werden, wofür es viele günstige Möglichkeiten gibt.

Am Treffen beteiligten sich der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR J. M. Assanbajew, der Vorsitzende des Ministerrats der Republik U. K. Karamanow und andere offizielle Persönlichkeiten.

Am 18. bis 19. November weilte die Delegation des Autonomen Gebiets Xinjiang-Uigur im Gebiet Taldy-Kurgan, wo sie den Kolchos „XXII. Parteitag“, die Pädagogische Hochschule und die Gebietsausstellung von Konsumgütern im Kulturpalast „I. Dshansugurov“ besichtigte. (KasTAG)



## Für sich selbst gebaut

In den letzten Jahren wurde das leere Terrain im nördlichen Teil der Stadt Beldschasch in Einfamilienhäusern bebaut. Die Bauarbeiten haben die Produktionsvereinigung „Balchasch“, das Ministerium für Inneres der Kasachischen SSR, die Bierbrauerei, die Vereinigung „Kaswmetremont“, der Fleischkombinat und andere Betriebe vertrieht.

Aber zum Hauptausführenden aller Bauarbeiten wurde die Produktionsvereinigung „Balchasch-

med“, weil die Huttenwerker ein solches Baupotential besitzen. Für Veteranen des Betriebs sind hier ein Dutzend Einfamilienhäuser mit allem Komfort und mit Hofland errichtet worden.

Die vielfältigen Formen des Wohnungsbaus finden bei den Stadtern lebhaftige Unterstützung. Sie sind drauf und dran, das komplizierte Problem, alle mit Wohnungen zu versorgen, selbständig zu lösen.

Wassili BUCHALO  
Gebiet Dsheskasgan

Viktor Ollenberger ist einer der besten Fahrer im Obuspark von Zelinograd. Er arbeitet hier schon sechs Jahre nach Ableistung seines Wehrdienstes. Gegenwärtig fährt Viktor Ollenberger seinen Trolleybus auf der Linie Nr. 3, die in der Stadt wegen der störungsfreien Beförderung der Fahrgäste als muster-gültig gilt.

Foto: Viktor Krieger



## Tagesordnung des 4. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR bestätigt

Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung des 4. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR, der am 17. Dezember in Moskau eröffnet wird, wird die Änderung der Verfassung der UdSSR sein. Dieser Schritt ist unter Berücksichtigung der am vergangenen Sonntagabend von M. S. Gorbatschow unterbreiteten Vorschläge hinsichtlich des Übergangs zu einer neuen Form der Staatsordnung notwendig, wobei der Staatschef mit umfassenden Vollmachten ausgestattet wird.

Nach Angaben Parlamentspräsident A. I. Lukjanow setzt sich die Tagesordnung aus sieben Punkten zusammen. Dazu gehören unter anderem der Bericht des Präsidenten der UdSSR über die Lage im Land, die Konzeption und die Modalität des Abschlusses des neuen Unionsvertrages durch die Republik wie auch die Änderung und Ergänzung der Verfassung der UdSSR, sagte A. I. Lukjanow.

Darüber hinaus schlug der UdSSR-Parlamentspräsident vor, dem Kongreß die Gesetzentwürfe über das Referendum in der UdSSR und über den Modus für die Abberufung der Volksdeputierten der UdSSR wie auch Fragen der ständigen Erneuerung des Obersten Sowjets des Landes

zur Erörterung vorzulegen. (Geplant ist, daß während der ersten Erneuerungsrunde etwa ein Fünftel aller Deputierten in beiden Kammern des Parlaments neu gewählt wird.) Diskutiert werden solle auch über die Anerkennung der Vollmachten der während der letzten zwölf Monate gewählten Volksdeputierten der UdSSR.

A. I. Lukjanow erläuterte, daß der Oberste Sowjet der UdSSR nur die vorläufige Tagesordnung bestimmen kann. Die endgültige Entscheidung werde auf dem Kongreß selbst getroffen.

„Der bevorstehende Kongreß soll zu einem sachlichen Forum zwecks Lösung der wichtigsten und akuesten Fragen des Lebens in der UdSSR, zwecks Stabilisierung der Wirtschaft und der Konsolidierung aller gesunden und demokratischen Kräfte der sowjetischen Gesellschaft werden“, sagte A. I. Lukjanow.

Ein Beschluß über die Tagesordnung des am 17. Dezember beginnenden 4. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR ist am Montag auf einer gemeinsamen Sitzung der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR angenommen worden. Mit dem Beschluß wird ein Entwurf der Tagesordnung festgelegt, ein endgültiger Beschluß zu dieser Fra-

ge wird vom Kongreß selbst gefaßt.

Nach Ansicht der Mitglieder des Obersten Sowjets der UdSSR soll der Kongreß die Vollmachten der im letzten Jahr neugewählten UdSSR-Volksdeputierten anerkennen und einen Bericht des UdSSR-Präsidenten zur Lage des Landes und radikalen Maßnahmen zur Überwindung der existierenden sozialwirtschaftlichen und politischen Krise entgegennehmen und beschreiben. Darüber hinaus sollen eine allgemeine Konzeption eines neuen Unionsvertrages und der Modus dessen Abschlusses sowie eine Abänderung der UdSSR-Verfassung diskutiert werden.

Außerdem haben es die Parlamentsmitglieder für zweckmäßig befunden, die Annahme von Gesetzen über den Modus der Abberufung der UdSSR-Volksdeputierten und über ein Referendum in der UdSSR sowie über die Realisierung der ersten Rotation des Obersten Sowjets des Landes auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen.

Dem Kongreß wurde empfohlen, Kandidaten für die gegenwärtig nichtbelegten Posten des Generalstaatsanwaltes der UdSSR und des staatlichen Hauptrichters der UdSSR zu bestätigen.

(TASS)

## KSZE-Teilnehmerstaaten nahmen gemeinsame Deklaration an

22 Teilnehmerstaaten des KSZE-Gipfeltreffens haben in Paris eine gemeinsame Deklaration angenommen. Das Dokument wurde von den Staats- bzw. Regierungschefs Belgiens, Bulgariens, der CSFR, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Polens, Portugals, Rumäniens, Spaniens, der Türkei, der UdSSR, Ungarns und der USA signiert.

In dem Dokument wird erklärt, daß diese Länder „in der Epoche, die in den europäischen Beziehungen eingeleitet wird, nicht mehr Gegner sind und neue Partnerbeziehungen aufbauen sowie einander die Hand der Freundschaft reichen werden“. Die höchsten Repräsentanten der 22 Staaten haben hervor, daß „alle zehn Grundsätze von Helsinki von erstrangiger Bedeutung sind und folglich jeder von ihnen bei seiner Interpretierung gleich und strikt unter Berücksichtigung der anderen angewandt werden“. Die KSZE-Teilnehmer bekräftigen in diesem Zusammenhang ihre Verpflichtung, von Gewaltanwendung bzw. androhung gegen territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines jeden Staates sowie von Versuchen, die bestehenden Grenzen durch Gewaltanwendung oder androhung zu verändern, wie auch von allen anderen Handlungen Abstand zu nehmen, die mit den Grundsätzen und Zielen dieser Dokumente unvereinbar sind.

In der Deklaration wird darauf verwiesen, daß die Sicherheit jedes dieser Länder mit der Sicherheit aller KSZE-Teilnehmerstaaten untrennbar verbunden ist. Ferner wird die Verpflichtung übernommen, nur ein sol-

ches Militärpotential zu erhalten, das für die Abwendung eines Krieges und die Gewährleistung einer effektiven Verteidigung notwendig ist. In dem Dokument wird die Entschlossenheit bekundet, Abkommen über die Kontrolle der konventionellen, nuklearen und chemischen Rüstungen sowie der Abrüstung tatkräftig zu fördern — Abkommen, die zur Festigung der Sicherheit und der Stabilität für alle führen. Ferner wird zum schnellstmöglichen Inkrafttreten des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa aufgerufen. Die höchsten Repräsentanten der 22 Staaten verpflichten sich, den Prozeß der Festigung des Friedens in Europa durch Kontrolle der konventionellen Rüstungen im Rahmen der KSZE fortzusetzen, begrüßen den Beitrag der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen für die Minderung der Spannungen und bekräftigen die große Bedeutung der Initiative des „offenen Himmels“.

In der Deklaration sind ferner Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten enthalten, mit den anderen KSZE-Teilnehmerstaaten bei der Festigung des Fortschritts im Rahmen der KSZE zusammenzuarbeiten, damit er

zur Gewährleistung der Sicherheit und der Stabilität in Europa sowie zur Anerkennung der Notwendigkeit, die politischen Konsultationen zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten auszubauen und weitere KSZE-Mechanismen zu schaffen, einen noch größeren Beitrag leisten kann. Die führenden Vertreter der 22 Staaten bringen ihre Bewilligung zum Ausdruck, daß der Vertrag über die konventionellen Rüstungen in Europa und die Vereinbarung über eine Auswahl von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Verbindung mit neuen Modellen der Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE zu einem dauerhaften Frieden und zur Stabilität in Europa führen werden.

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat am Montag die Erörterung eines Gesetzentwurfes über die Währungsregelung in erster Lesung aufgenommen. Das Dokument ist auf die Gestaltung eines einheitlichen Unionsmarktes und die Schaffung von Bedingungen für die Konvertierbarkeit des Rubels gerichtet.

Nach den Worten des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Stepan Sitarjan, der den Gesetzentwurf vor den Deputierten begründete, wird bei diesem Rechtsakt davon ausgegangen, daß auf dem gesamten Territorium der UdSSR eine einheitliche Ordnung der Zirkulation der nationalen Währung — des Rubels — festgelegt wird. Nach dem Entwurf ist der Rubel das einzige legitime Zah-

lungsmittel auf dem gesamten Territorium des Landes. „Ohne einheitliche nationale Währung kann von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und einem Unionsmarkt nicht die Rede sein“, betonte S. Sitarjan.

Er sagte ferner, daß der Gesetzentwurf eine wesentliche Erhöhung der Rolle der Republik bei der Erarbeitung und der Realisierung der gesamtstaatlichen Währungspolitik vorsieht. Den Republikern wird das Recht eingeräumt, selbständig ein Limit für ihre Außenschulden festzulegen, über die Verwaltung des Währungsbereiches innerhalb der Republik zu entscheiden sowie den Kreis der Banken zu bestimmen, die zu Währungsgeschäften berechtigt sind.

Die strategische Beschlußfassung auf dem Gebiet der Währung wird in die Zuständigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR überwiesen, der die allgemeinen Grundsätze der Währungspolitik des Landes bestimmt und ein Limit für die Außenverschuldung der Union der SSR sowie die Obergrenze für Kredite und andere Wirtschaftshilfe für andere Staaten festlegt.

Nach dem Gesetzentwurf ist die Staatsbank der UdSSR die zentrale Leitelinie auf dem Gebiet der Währung. Sie übernimmt die Funktionen der Regulierung des Währungsmarktes, der Korrektur des Rubel-Kurses, der Erarbeitung von Regeln für die Abwicklung von Währungsgeschäften und der Aufsicht über die Einhaltung des Währungsgesetzes. (TASS)

## Produktionsaktivisten

Wenn man in den Sortierabschnitt der Wollverarbeitungsfabrik kommt, sieht man gleich am Eingangs Haufen Wolle auf Argenfließband lagern. Die Frauen, die hier die Mehrheit bilden, sortieren feink die Rohwolle. Das ist eine ermüdende und zeitraubende Arbeit. Von ihr hängen aber die rationelle Nutzung des Rohstoffes, die Qualität und die Selbstkosten der Erzeugnisse ab. Die Notwendigkeit der Sortie-

ring ist bekanntlich dadurch bedingt, daß die Wollarten nach ihren Eigenschaften verschieden sind, und man muß aus dem Wollrohstoff nach Farbe und anderen Kriterien identische Sorten auswählen.

Über vierzig solche Sorten werden aus dem Flies ausgeschieden. Die Frauen müssen den ganzen Tag an Sortiertischen stehen und Staub schlucken. Trotzdem wird fleißig gearbeitet. „Eine jede von uns“, sagt die

Sortiererin Katharina Keller, „arbeitet gewissenhaft und hochqualitativ. Es ist noch nie vorgekommen, daß die Qualitätskommission unsere Arbeit Pfuscherei genannt hätte.“

„Außerdem“, teilt Katharina Keller, die hier auch Gewerkschaftsleiterin ist, weiter mit, „wird unsere Wolle nach ihrer Bearbeitung, stets mit hoher Qualität bewertet.“

Alle unsere Frauen arbeiten mit Vorsprung, das heißt, sie erfül-

len ihr Plansoll täglich bis zu 150 Prozent. An unserer Ehrenliste können wir unsere Bestarbeiterinnen Matrjona Tichowa, Anna Tschagajewa, Nina Salzewa, Klara Rau sehen. Die Zahlen unter ihren Namen besagen, daß sie Plansoll stets überfüllen. Im Wettbewerb sind sie immer die Besten. Bei uns gibt es keine Zurückbleibenden. Unser ganzes Kollektiv ist in die Ehrenliste des Betriebs eingetragen worden.“

Adam WOTSCHEL,  
Korrespondent  
der „Freundschaft“

Gebiet Dshambul





# PANORAMA

## NATO und Warschauer Vertrag paraphierten ersten Abrüstungsvertrag

Der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa ist am Sonntagvormittag im Ratssaal der Wiener Hofburg paraphiert worden. Der luxemburgische Delegationsleiter Jacques Reuter, der zuletzt den Vorsitz bei den Verhandlungen innehatte, eröffnete die Sitzung. Danach signierten die Delegationsleiter entsprechend dem französischen Alphabet im Namen ihrer Regierungen das Dokument. Als erster setzte der deutsche Delegationsleiter Rüdiger Hartmann seinen Namen unter den ersten Abrüstungsvertrag zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in der Nachkriegszeit. Im Anschluss daran unterschrieb UdSSR-Chefunterhändler Oleg Grinewski, den Abschluss bildete der amerikanische Delegationsleiter James Woolsey.

Das 160 Seiten umfassende Dokument wird in Paris zum Auftakt der KSZE-Gipfelkonferenz von den Staatsoberhäuptern der Vertragsstaaten unterzeichnet und danach der Öffentlichkeit in seinem gesamten Umfang vorgestellt werden.

Es sieht unter anderem vor, daß die Staaten des Warschauer Vertrages 40 000 Panzer, 51 000 Artilleriegeschütze und über 40 000 gepanzerte Fahrzeuge aus Mittel- und Osteuropa abzuziehen und hinter den Ural verlegen. Die NATO soll 2 000 Panzer zurückführen, für beide Militärbündnisse liegen die neuen Obergrenzen 40 Monate nach Inkrafttreten bei 20 000 Panzern, 20 000 Artilleriegeschützen, 30 000 gepanzerten Fahrzeugen, 6 800 Kampfflugzeugen und 2 000 Angriffshubschraubern. Die Bundesrepublik Deutschland darf nach dem genannten Zeitraum über 4 166 Kampfpänzer,

3 446 gepanzerte Kampffahrzeuge, 2 705 Artilleriewaffen, 900 Kampfflugzeuge und 306 Angriffshubschrauber verfügen. Der Vertrag regelt weiter die Art und Weise der beiderseitigen Inspektionen zur Einhaltung seiner Bestimmungen. Ein weiterer Punkt ist die Festlegung einer Höchstgrenze des Exports von Rüstungen durch die Unterzeichnerstaaten in andere Länder.

Vom Vertrag nicht erfaßt sind die Personalbestände der nationalen Streitkräfte. Dieser Punkt soll bei Folgeverhandlungen erörtert werden, die am 26. November in der österreichischen Hauptstadt beginnen. In diesem Zusammenhang waren am Donnerstag vergangener Woche von den 22 Delegationen drei verbindliche Erklärungen vereinbart worden. Darin verpflichten sich die Teilnehmer, ihre konventionellen Streitkräfte für die Dauer der Folgeverhandlungen nicht aufzustocken. Keine der beiden Staatengruppen wird mehr als 430 landgestützte Marine-Flugzeuge unterhalten. Die deutsche Seite bekräftigte, die Personalstärke ihrer Streitkräfte bis spätestens 1994 auf 370 000 Mann reduzieren zu wollen.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz wertete der deutsche Delegationsleiter Rüdiger Hartmann den paraphierten Vertrag als ein „historisches Dokument“ und als „gute Basis für den Aufbau eines neuen Europa“. Polen und Deutschland seien nach seiner Auffassung die größten Nutznießer dieses Dokuments. Die deutschen Interessen seien voll und ganz berücksichtigt worden. Gegenüber ADN erklärte er, dieses Dokument habe auch „fundamentale Bedeutung für das Verhältnis des vereinten Deutsch-

lands zur Sowjetunion“, da es zur Demilitarisierung des ganzen Kontinents beitrage und die Sicherheitslage in Europa berechenbarer mache.

Dieser Auffassung stimmte auch UdSSR-Chefunterhändler Oleg Grinewski zu. Gegenüber ADN gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich Deutschland und die Sowjetunion künftig noch näherkommen werden.

Er sei der Ansicht, der Vertrag könne von seiner Bedeutung her mit dem Abriß der Berliner Mauer verglichen werden. Durch diesen Vertrag höre die Sowjetunion auf, ein Militärstaat zu sein. Früher für Rüstungsgüter sinnlos ausgegebene Unsummen könnten nun zum Wohl der Menschen verwendet werden. Vor der Presse dementierte er, Gorbatschow werde auf dem Pariser KSZE-Gipfel die Auflösung des Warschauer Paktes verkünden.

Auch Amerikas Chefunterhändler James Woolsey sprach von einem historischen Ereignis, daß zum ersten Mal die Rüstungshöchstgrenzen zwischen den beiden Militärbündnissen völkerrechtlich verbindlich festgelegt werden. Die USA seien außerordentlich zufrieden mit den Ergebnissen der Verhandlungen.

Der ungarische Delegationschef Istvan Gyarmati wies Behauptungen zurück, Ungarn wolle mit Polen und der CSFR ein neues bilaterales Militärbündnis schaffen. Zugleich bekräftigte er die Position seiner Regierung, in Europa ein neues Sicherheitssystem aufbauen zu wollen.

Auch bei den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (VSBM) war am späten Samstagabend nach langen Debatten eine Einigung erzielt worden.



Wir werden wohl kaum leihgehen, wenn wir behaupten, daß der Präsident der Südkorea Ro De U ein Mensch ist, den die sowjetische politische Fotojournalistik bis vor kurzen am wenigsten „bemerkte“, um nicht zu sagen, ignorierte. In den Spalten unserer zentralen Presse figurierte er nur im Kontext der negativen Information, und das Äußere von Ro De U stellten wir uns wohl nur nach den Karikaturen der westlichen Presse vor. Wir sind der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, uns diesen Politiker in einem anderen — menschlichen — Querschnitt anzusehen, um so mehr, als er, so die Zeitschrift „Soul“, zum ersten führenden Funktionär Südkoreas geworden, der in seiner Innenpolitik die große Ära der „einfachen Menschen“ verkörpert, und in der außenpolitischen Arena als der „Initiator der Politik offener Türen gegenüber Nordkorea und anderen sozialistischen Ländern, einschließlich der Sowjetunion und der Volksrepublik China“ aufrat.

Ro De U wurde 1931 als Sohn eines Farmers in der Umgebung der Stadt Tägü im Südwesten des Landes geboren. 26 Jahre seines bewußten Lebens gab er dem Dienst in den Streitkräften hin und ging im Range eines Generals in den Ruhestand. Seit 1981 wird Ro De U zu einer hervorragenden Figur in den obersten Machtkreisen, wo er die Posten des 1. Staatsministers für politische Fragen und nachher des Innenministers bekleidet. Am 26. Dezember 1987 wurde er zum Präsidenten der Südkorea gewählt und trat dieses Amt am 25. Februar 1988 an.

Neben seinen unmittelbaren Pflichten schenkt Ro De U viel Beachtung der Politik im Bereich des Sports, indem er in zahlreichen Sportgesellschaften und -komitees den Vorsitz hat. Seine von der gesellschaftlichen und politischen Tätigkeit freie Zeit widmet der Präsident vollständig der Familie — seiner Frau, seinen Kindern und Enkeln —, er schwärmt für Tennis und Gartenbau. Während der Erholung liest er gern koreanische Literatur und hört klassische Musik.

Unsere Bilder: Ro De U mit Gattin Kim Ok Suk und Enkel in seinem Wohnsitz in Soul.

Foto: TASS

## Wahlkampf — mit Plakaten, Argumenten und mit scharfen Angriffen

Der gesamtdeutsche Wahlkampf um die besten Plätze am 2. Dezember hat viele Gesichter. Klebekolonnen sind fortlaufend dabei, der Öffentlichkeit die bunten Konterfer der Spitzenkandidaten der großen Parteien zu präsentieren. Dabei schwören die Wahlmanager auf die Schlagkraft solcher Slogans wie „Kanzler der Einheit“ oder „für einen neuen Weg“, auch auf Wortschöpfungen wie „Das Deutschland, dem die Welt vertraut“. Überzeugender geht es schon in den zahllosen Wahlveranstaltungen auf Plätzen und in Sälen zu, in denen landauf landab die Zugpferde der Parteien ihre politischen Programme präsentieren.

Aber auch mit heruntergeklapptem Visier kämpft man verschiedentlich. Nicht das eigene Programm wird dabei aufs Schild gehoben, sondern Gegner und selbst Koalitionspartner mit scharfer Lanze aufgespießt. So gehörten bisher zum Repertoire der SPD und ihres Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine das Einschlagen auf die „Blockparteien“ und die Aussage, Kohl und Lambsdorff würden sich zum „Erbschleicher“ des Vermögens „ihrer“ ehemaligen DDR-Parteien machen.

Die CDU schlug nicht weniger feil zurück. Friedrich Böll, parlamentarischer Geschäftsführer

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach von „Konzeptionslosigkeit der SPD und der Hilflosigkeit ihres Kandidaten“, der „am Leerlauf ständig Gas“ gebe. „Beträchtliche Rundschnitte teile bisher die FDP aus. Ihr Vorsitzender Graf Lambsdorff gelbete das „jammervolle Versagen der SPD“, das dazu geführt habe, daß eine absolute Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag nicht auszuschießen sei. Zielscheibe der liberalen Schelte war auch der große Koalitionspartner. Die CDU-Wahlplattform, so Lambsdorff, sei „ein Wahlprogramm der Unverbindlichkeit“, das „schöne Formulierungen statt eines klaren politischen Konzepts“ enthalte. Auch von „einem Nebel weitschweifiger Absichtserklärungen“ war beim FDP-Vorsitzenden die Rede. Ausgeklammert von der Liberalen-Kritik blieb selbstverständlich auch nicht die PDS. Deren Wahlprogramm, so verkündete ein von der FDP-Generalsekretärin Cornelia Schmalz Jacobsen herausgegebene Studie, sei „ein Katalog von Forderungen, deren Verwirklichung zu einem totalen Staat und wirtschaftlichem Niedergang führen würde.“

Bleibt für den Wähler bis zum 2. Dezember die Aufgabe, die Spreu vom Weizen zu trennen und dann die seiner Auffassung nach richtige Partei zu wählen.

Die SPD ist nach den Worten ihres Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine angetreten, in der Bundesrepublik eine neue Politik durchzusetzen. Auf einer Wahlkundgebung in der Bonner Beethoven-Halle stellte der saarländische Ministerpräsident die Finanzierung der deutschen Einheit, soziale Fragen und die Ökologie in den Mittelpunkt seiner Rede.

Lafontaine kritisierte die Finanzpolitik der Bundesregierung, die die Staatsverschuldung auf dramatische Weise in die Höhe geschraubt habe. Ziel der sozialdemokratischen Politik sei es, durch eine wirkliche Steuerreform das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik neu zu orientieren. Als einen Kernpunkt bezeichnete er dabei die Senkung der Lohn- und Einkommensteuern und eine höhere Besteuerung für Energie, um deren Verschwendung einzudämmen.

Auch mit Blick auf die neuen Bundesländer verlangte Lafontaine, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren, unter anderem in Form von Strukturprogrammen sowie für den Wohnungsbau. Dabei sprach er sich auch für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus aus, um ausreichend preiswerten Wohnraum zu schaffen, für den die Sozialdemokraten Milliarden ausgeben würden.

Notwendig sei auch eine wesentlich größere Unterstützung der Familie, was vor allem Unterstützung für Kinder bedeute. Dazu wolle die SPD beispielsweise ein Kindergeld in Höhe von 200 Mark einführen. Das komme besonders den Familien in den neuen Bundesländern zugute, die angesichts ihrer niedrigen Nettoeinkommen nichts von den jetzigen Kinderfreibeträgen hätten.

Keinen Raum gebe es für eine Senkung der Unternehmenssteuern. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Steuererhöhung sagte Lafontaine, es sei nicht die Frage, ob Steuern erhöht werden, sondern wo. Hier komme in erster Linie die Besteuerung der Spitzenverdiener durch Einführung einer Ergänzungsabgabe in Frage.

Drastische Einsparungen verlangte der SPD-Kanzlerkandidat im Rüstungsetat. Eine der ersten Maßnahmen einer von ihm geführten Regierung wäre die Einstellung des Jäger-90-Programms. Lafontaine bezeichnete die Erhaltung der Lebensgrundlagen der Erde als eine der größten Herausforderungen dieser Zeit. Umweltschutz sei zu einer globalen Angelegenheit geworden. Es gehe darum, den Kindern eine lebenswerte Zukunft zu hinterlassen.

## Kirchenkampf in Baia Mare

Unierte Rumäniens wollen Kirchen zurück

Schon wochenlang hat sich eine Gruppe von Bewohnern des nordrumänischen Kreises Maramures in der Präfektur von Baia Mare festgesetzt. Sie fordern weder bessere Versorgung noch höhere Löhne. Sie wollen nur ihre Kirchen zurückhaben, die ihnen 1948 vom kommunistischen Regime genommen wurden und die an die orthodoxe Kirche übergingen. Es sind Mitglieder der griechisch-katholischen, oder wie man sie in diesem Landestell nennt, der unierten Kirche.

Das vor 42 Jahren ausgesprochene Verbot ist zwar von der Regierung aufgehoben worden, aber die Rückgabe des Kirchenvermögens steht noch aus. Das wird nicht einfach sein, denn die Gotteshäuser der Unierten gehören nicht nur zu den schönsten Kirchen Transilvaniens, in einer ganzen Reihe von Ortschaften gibt es überhaupt nur eine Kirche.

Die orthodoxe Kirche erklärte sich bereit, in diesen Kirchen Gottesdienste für beide Kulte zu ermöglichen, doch das reicht den Unierten nicht.

Der Erzbischof der unierten Kirche, Lucian Muresan, distanzierte sich vom Vorgehen seiner Glaubensbrüder.

Eine politische Note erhielt dieser Kirchenkampf durch den Besuch von Gelu Voiculescu, einem der Protagonisten der Dezentralen Revolution in Bukarest. Der heutige Senator hielt den unierten Kirchenleuten in der Präfektur von Baia Mare vor, sie verhielten sich anachronistisch. Rumänien sei ein orthodoxes Land, und die griechisch-katholische Kirche habe ohnehin keine Oberlebenschance. Sie müsse wohl oder übel in den Schoß der orthodoxen Kirche zurückkehren.

## Politik auf der Schiene

Salonwagen der Bundeskanzler im Museum

Das Haus der Geschichte in Bonn hat kürzlich sein größtes Ausstellungsstück erhalten. Der 60 Tonnen schwere und über 23 Meter lange Salonwagen der bislang sechs deutschen Bundeskanzler wurde nach jahrzehntelanger Dienstzeit von der Schiene genommen und in das entstehende Informationszentrum des Geschichtshauses gehoben, schreibt das in Bonn erscheinende Blatt des Bundestages „Das Parlament“.

Der traditionsreiche grünfarbene Schienenwagen mit der Nummer 10 205 gilt nach Ansicht von Experten als Prunkstück deutscher Eisenbahngeschichte. Der 1937 gebaute Wagen besteht aus einem Hauptsalon, zwei großen Schlafzimmern sowie Begleiterräumen. Hinzu kommen zwei Badezimmer und eine Küche. Im Innern vermitteln kostspielige Tafelungen aus tropischen Wurzelholzführern ebenso Exklusivität wie eine aufwendige Klimaanlage.

Nach kurzfristiger Beschlagnahme durch die Stegermächte gab die Bundesbahn dem im Krieg bei Luftangriffen leicht ramponierten Edel-Waggon an die Bundesregierung. Kanzler Konrad Adenauer (CDU) ging damit erstmals 1955 auf Moskaureise und nutzte den noblen Wagen auch als abhörsicheren Konferenzraum. Der erste deutsche Kanzler (zwischen 1949 und 1963 Chef von fünf Bundesregierungen) unternahm mit dem „Hotel auf der Schiene“ aber auch Wahlkampfreisen und Urlaubsfahrten.

Adenauers Amtsnachfolger Ludwig Erhard (CDU, zwischen 1963 und 1966 stand er zwei BRD-Regierungen vor) fuhr 1963 mit dem Salonwagen zum Staatsbesuch in die Hauptstadt des benachbarten Frankreich. Auf

Wunsch des Musikliebhabers wurde eine neue Radioanlage eingebaut. Der dritte Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU, während drei Jahre lang die Bundesregierung, 1966 bis 1969) pendelte mit dem 10 205 häufig zwischen seinem baden-württembergischen Wohnort Tübingen und dem Regierungssitz Bonn.

Seine letzte, in die deutsche Geschichte eingegangene Fahrt führte den Salonwagen mit Kanzler Willy Brandt (SPD, zwischen 1969 und 1974 Regierungschef von zwei Kabinetten) am Bord 1970 nach Erfurt zum Treffen mit dem damaligen DDR-Premier Will Stoph.

Ende der 60er Jahre bekam der exklusive Bahnwagen ein neues Fahrgestell und konnte so mehr Tempo machen. Doch für die folgenden beiden Helmut im höchsten Regierungamt, Schmidt (SPD, Chef von drei Regierungen in den Jahren 1974 bis 1982) und Kohl (CDU, seit 4. Oktober 1982 leitet er die dritte Regierung), reichte diese bescheidene Geschwindigkeitverbesserung offenbar nicht mehr aus. Sie ignorierten das Büro auf der Schiene und gingen lieber in die Luft. Der in seinem grünen Out-Fit nicht gerade repräsentative Wagen war oute, die schnelleren und nicht aus vorgelagerten Geleis gefesselten Luftwaffenjets machten in der hektischen und schnelllebigen Zeit das Rennen und wiesen so für den über 40-jährigen Eisenbahn-Oldie den Weg ins Museum.

Seit 1974 war der Prunkwagen nur noch ein Geschäftsleute und Manager bedeutender (finanzkräftiger) Firmen und Unternehmen verleiht, die damit Fahrten unternahmen oder darin Ausstellungen auf verschiedenen Messen organisierten.

## In wenigen Zeilen

WARSCHAU. In der zweitgrößten polnischen Stadt Krakow führen am Montagmorgen ab 4.00 Uhr zum ersten Mal seit sechs Tagen wieder Autobusse und Straßenbahnen. Der Streik im öffentlichen Nahverkehr konnte nach zehntägigen Verhandlungen zwischen Stadtrat und Streikkomitee beigelegt werden. Die Gespräche hatten den ganzen Sonntag ange dauert und erst nachts um 3.00 Uhr geendet. Wieweit die Lohn-

forderungen der Streikenden erfüllt wurden, ist bisher nicht bekannt.

BOGOTA. Ein Militärflugzeug mit elf Passagieren an Bord ist in Kolumbien verschollen, meldet AFP. Wie die zivile Luftaufsicht des Landes mitteilte, sei die Maschine, die sich im Nordosten Kolumbiens befunden hatte, plötzlich vom Radarschirm verschwunden. Der Pilot hatte bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei technische Schwierigkeiten signalisiert. Die Luftwaffe hat die Suche nach dem vermissten Flugzeug aufgenommen.

## Mehrparteiensystem in Niger

Nigers Präsident General Ali Saibou hat vor dem Parlament in Niamey die Einführung eines Mehrparteiensystems in dem afrikanischen Staat angekündigt. Der Oberste Rat für nationale Orientierung werde am 1. Dezember auf einer Tagung entsprechende Empfehlungen eines Studienkomitees prüfen. Danach soll eine nationale Konferenz über politische und wirtschaftliche Probleme stattfinden.

Saibou hat gleichzeitig einige der eingeführten strengen Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen auf, die seit Jahresbeginn Ursache von landesweiten Streikaktionen waren. Erst Anfang dieses Monats hatte ein fünf-tägiger Ausstand das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt. Der Streik hatte auch die Produktion von Uran, wichtigster Exportartikel des Landes, zum Stillstand gebracht. Bei regierungsfreundlichen Demonstrationen waren in jüngster Vergangenheit etwa einhundert Studenten festgenommen worden.

Nach dem Militärputsch im Jahre 1974 waren in Niger alle Parteien verboten und die Verfassung suspendiert worden. Erst 1988 wurde eine Regierungspartei sowie eine oppositionelle Gruppierung zugelassen.

## Zeitungen enthüllen Sklavenhandel

In Südafrika wird ein regelrechter Sklavenhandel mit jungen Mocambiquern betrieben, enthüllen laut Reuter die Zeitungen „Weekly Mail“ und „Sowetan“. Danach würden die Betroffenen, die Armut und Bürgerkrieg in ihrem Heimatland entfliehen wollten, mit Arbeitsplatz-Versprechungen nach Südafrika gelockt, dann aber an Farmer und Geschäftslente verkauft. Ein Mocambiquer „koste“ umgerechnet 120 Mark. Wollten sich die nach dem Verkauf völlig ihren „Herren“ ausgelieferten beschweren oder mit Flucht drohen, müßten sie mit Verhaftung wegen illegaler Einwanderung rechnen. Um selbst die geringen Kosten für die „Entlohnung“ ihrer spottbilligen Arbeitskräfte zu spa-

ren, würden diese nicht selten kurz vor dem Zahltag von deren Besitzern denunziert, dann zwangs deportiert und anschließend durch neue ersetzt, berichtete „Weekly Mail“. Dem „Sowetan“ zufolge habe die Polizei verkündet, sie wisse nichts von einem „Sklaven-Import-Netz“. Der „Gang“ nach Südafrika wird zudem für die Mocambiquer oft zu einem Lebensrisiko. Beim Versuch, den von den Südafrikanern an manchen Grenzabschnitten errichteten Hochspannungszäun zu überwinden, kann Reuter zufolge bereits zahlreiche Flüchtlinge ums Leben. Außerdem seien bei der Durchquerung des Kruger-Nationalparks viele Mocambiquer von wilden Tieren getötet worden.

## Streit um Kompetenz

Die Cottbuser Hochschule für Bauwesen ist dabei, durch lautstarke Personaldiskussionen die Chance zu verspielen, aufgrund guter materieller Voraussetzungen technische Landesuniversität zu werden. Ohne Gegenstimme wurden vor mehreren Monaten Grundsatzentscheidungen über den künftigen Weg der Einrichtung getroffen, infolge derer mit 1 300 Studenten dreimal so viele Kommilitonen immatrikuliert wurden wie ursprünglich geplant.

Das Ausbildungsprofil wurde wesentlich erweitert und bisher selbständige Einrichtungen integriert. Nun sieht eine starke Gruppe von Assistenten und Hochschullehrern die Zukunft durch eine mangelnde Vertrauensbasis des Rektors und Fehlentwicklungen gefährdet. Im Gegensatz zum Bundesbildungsminister übrigen, der dieser Hochschule bei einem Besuch bescheinigte, auf dem richtigen Weg zu sein. Ein Mißtrauensspruch fand dennoch im Hochschul-

neues Statut erarbeitet worden, das sich eng an das Hochschulrahmengesetz anlehnt.

Prof. Schlöbler bedauerte aus noch ungenügender Rechtskenntnis entstandene Formfehler und die offensichtlich zu geringe Einbeziehung von Assistenten und einigen Hochschullehrern. „Wir haben beschlossen, in mehreren neuen Fächern zunächst zweijährige Grundlagenstudien einzuführen, um Zeit für Investitionen und die Suche nach geeigneten Lehrstuhlinhabern zu erhalten. Anders läßt sich meiner Meinung nach dieser komplizierte Prozeß derzeit nicht abwickeln. Der Senat hat diesem Verfahren zugestimmt“, meinte der Prorektor. Derzeit herrsche eine Umbruchsituation, in der manches schnell entschieden werden müsse, nicht immer Zeit zu allseitigen Beratungen sei.

Erschwerend wirkt das Fehlen einiger gesetzlicher Grundlagen und ausreichender finanzieller Mittel. Darunter leiden besonders die Assistenten und andere Mitarbeiter, deren Gehälter wesentlich zu niedrig liegen. Entscheidend muß den Streit die Landesregierung sein.

## Resolutionsentwurf vorgelegt

Vier Staaten haben am vergangenen Freitag einen Resolutionsentwurf für den UN-Sicherheitsrat präsentiert, der die Entscheidung einer Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in die israelisch besetzten arabischen Gebiete vorsieht. Wie es am UNO-Sitz in New York hieß, könnte über das Projekt in dieser Woche abgestimmt werden. Die Aussichten für eine Billigung des Entwurfs sind jedoch noch ungewiß, da die Haltung der USA dazu noch nicht klar ist. Israel hat sich einem solchen Vorhaben gegenüber bereits ablehnend geäußert.

Die Autoren des Entwurfs sind Kolumbien, Kuba, Jamaika und Jemen. Das Resolutionsprojekt sieht unter anderem vor, daß Angehörige der 1948 gebildeten UNO-Organisation für die Überwachung des arabisch-israelischen Waffenstillstandes (UNTSO) in das Westjordangebiet sowie in

den Gazu-Streifen entsandt werden und UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar sowie dem Sicherheitsrat Bericht erstatten. Darüber hinaus soll Israel aufgefordert werden, die Wirksamkeit der 4. Genfer Konvention auch in den besetzten Territorien anzuerkennen.

Die Konvention, zu deren insgesamt 164 Unterzeichnern auch der jüdische Staat gehört, fixiert Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten sowie in von fremden Truppen okkupierten Gebieten. Eine nach dem israelischen Massaker von Jerusalem Tempelberg von UNO-Generalsekretär angeregte Konferenz der Unterzeichnerstaaten der 4. Genfer Konvention lehnt Israel ab.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.



Der schweizerische Reisende Jean Luce Galier hat beschlossen, mit 40 Mann an Bord eine transatlantische Reise auf einem Holzschiff zu unternehmen, das nach dem Muster der altskandinavischen Drachenschiffe der Wikinger gebaut worden ist. Seine Reise hat er im Ort Nion begonnen, am Ufer des Konstanzsee (Schweiz) liegt. Unser Bild: Galiers Schiff verläßt Nion.

Foto: TASS

**Freundschaft**



Unversiegbarer Born der Volkskunst



**Enthusiasten aus „Enthusiast“**

Oft kommt es vor, daß Künstlerkollektive zufällig entstehen. Das bezieht sich aber nicht auf das Instrumentalensemble des Deutschen Kulturzentrums Alma-Ata „Enthusiast“. Valeri Knittel, Leiter des Ensembles, suchte bewußt nach Gesinnungsgenossen, mit denen sich ein Ensemble zur Pflege der deutschen Instrumentalmusik gründen ließe. Und es gelang ihm schließlich, eine Gruppe von Enthusiasten zusammenzuscharen, die bereit war, ihn in seinem Vorhaben zu unterstützen.

Valeri Knittel ist Berufsmusiker. Er unterrichtete am Konservatorium Alma-Ata mehrere Jahre lang Flöte. Zur Zeit ist er dabei, am hiesigen Pionierpalast auf der Grundlage einer Musikschule ein Kinderblasorchester zu gründen. Den Lesern der „Freundschaft“ sind seine Beiträge über die Probleme der Blasmusik in der Republik bekannt.

Auch Eduard Eberle, der im Ensemble die Posaune bläst, ist ebenfalls Berufsmusiker. Er arbeitet im Staatlichen Sinfonieorchester der Kasachischen SSR. Wladimir Dederer (Akkordeon) ist als Musiker im Deutschen Theater tätig.

Alexander Jost ist schon Rentner. Er musizierte gern von Kind auf, spielte Klarinette und Saxophon in verschiedenen Militärbands. Auch heute fühlt er sich stets zur Musik hingezogen; daher nahm er gern die Einladung von Valeri Knittel an und spielt gern im Ensemble mit.

Robert Korn, Gregor und Heinrich Busch sind Studenten am Konservatorium Alma-Ata. Sie sehen ein, daß die Mitwirkung an solch einem Kollektiv ihren musikalischen Gesichtskreis bedeutend erweitern wird.



„Ich glaube, ein echter Musiker kann sich nicht nur auf eine Musikgattung konzentrieren, d. h. zum Beispiel nicht nur Klassik oder nur Jazz spielen. Es macht mir persönlich viel Spaß, mich mit der deutschen Volksmusik vertrauter zu machen“, sagt Valeri Knittel.

Robert UNTERWALDEN

Unsere Bilder: Das Ensemble „Enthusiast“, Leiter des Ensembles Valeri Knittel (links) und Gregor Busch (Klarinette); Veteran des Ensembles Alexander Jost; das jüngste Mitglied des Ensembles Robert Korn.

Fotos: Juri Weidmann

**Aus unserem Kulturerbe**

**Süben und Drüben**  
Erlebnisse eines deutschen Wolgakolonisten  
Von August Lonsinger

Bettcha aber gab keinen Laut von sich, ihr war, als ob man ihr die Kehle zugeschnürt habe.

Der Vater befürchtete, daß ihm das Bettcha am Ende seinen Plan verderben könne, daher machte er sich näher an sie heran, zerrte sie ziemlich unsanft am Arm und zischte zwischen den Zähnen fast unhörbar: „No, was schwelgst du dann, sagst du jetzt ‚Ja‘, so lang wie ich noch net bös bin“.

Aber das Bettcha rang nach Luft und brachte nur mit Mühe hervor:

„Ich kann net, ich kann net Vatter, ich hun dr Gottfried gern“.

Wie von einer Natter gestochen fuhr der Vater zusammen.

„Kaa Wort meh von dem Lumpaker! mit selm neumodischa Gschwätz, von so ma Aafaltspensel, sonst dreh ich dr s Gnick rum“, brachte er mit dumpfer, nur mühsam zurückgehaltener Stimme hervor; und indem er sich an die Freierrmänner wandte, sagte er laut:

„El no, ihr Männer, s Bettcha is aach elverstana, mei Alt! hot nix drgega, so mag s dann sel in Gottes Nama!“

Nun schlug man gegenseitig ein, die Freierrmänner klopfen, und der Hannes erschien in der Tür, zog die Schnapsflasche aus der Tasche hervor und stellte sie auf den Tisch.

„Alt!“, rief der Hausvater, „mach mol hortig Speck un Ajer (Eier) zum Zubü zurecht“.

Nun gab es am Tisch ein Trinken und Essen; man scherzte und lachte; aber die, welche dies alles am meisten betraf, beachtete man kaum; niemand (außer vielleicht die Mutter) kümmerte sich um die Tragödie, die sich in dieser kleinen Mädchenbrust abspielte, deren zarteste Gefühle mißachtet wurden, deren elementarstes Recht, sich

ihren Lebensgefährten wählen zu dürfen, mit Füßen getreten wurde.

Von all diesem hatte der Hannes keinen Begriff, war er doch sein ganzes Leben lang von seinem Vater dermaßen bevormundet worden, daß er nichts weiter wußte, als nur den Willen des Vaters, dem er unbedingt untertan sein mußte; war er doch in keine Schule gekommen, konnte weder lesen noch schreiben. Somit war ein Buch, in welchem er vielleicht verschiedene Gedanken über das Leben hätte finden können, für ihn eine verschlossene Welt; er begriff nur, daß er jetzt Brautgam sel und das Bettcha unbeanstandend küssen dürfe, ohne „gewätscht“ zu werden; und später, wenn sie mal kopuliert sein würden, könne er sie sogar „watschen“, wenn es ihm beliebte.

„Hannes, geh haam und ruf dei Eltern zum Handschlag, s is fertig, ewer geb mol erscht die Koniakbuddel her, mir wolla dieweil noch aans trinka. Gesundheit, Andres!“, sagte der Vetter Michel und stieß mit dem Hausvater an.

Der Hannes ging. Bald kehrte er in Begleitung seiner Eltern zurück.

Mister Horn schritt mit seiner Ehehälfte, sich seiner Würde bewußt, herein und jeder Blick, jede Bewegung schien zu sagen: „Seht nur, was ihr für einen Schwiegervater bekommt, ihr könnt stolz sein, daß ihr in unsere Freundschaft kommt“.

Er begrüßte den Hausvater und dessen Frau und sprach als er Hannickels rotgeweilte Augen sah:

„Was soll mer dann macha, die Kinder wolla sich ja gerne, und da muß mer ewen nochgewen“.

Und zu Hannes gewandt sagte er:

„Un du, Dschon, was guckst du dann? Setze dich doch newer deine Braute, ich un die Mutter sein s zufrieden, daß s fertig wora ist; geb der Braute doch aamal n Kusse!“

Hannes ging etwas zaghaft auf das Bettcha zu, setzte sich gehorsam neben sie, wagte aber nicht, trotz dem Befehl des Vaters, sie zu küssen.

Mister Horn trat nun an den Tisch und trank dem neuen Schwiegervater, der bereits „aa Strichelcha“ hatte, „zur Gesundheit“ zu, worauf derselbe antwortete: „Wohl bekomm si!“

Der Hausvater rief endlich: „Alt!, brot aamal aa Worscht, un dann geh un ruf dr Nachbar Jerk un die Wes Susi, aach dr Gvatter Fritz, un s Hannesa Peter, uf dr Handschlag!“

Gehorsam ging Frau Hannickel hinaus und besorgte alles, wie es ihr Herr Gemahl anbefohlen.

Als die geladenen Gäste ankamen, gräute der Morgen bereits, und Vater Horn hatte schon etwas über den Durst getrunken, und konnte nicht satt werden zu prahlen, wie er und sein Dschon in Chicago mit dem „Tiater“ so viel verdient hätten.

Der Nachbar Jerk und der Hannesa Peter leerten nun ein Gläschen nach dem andern und immer mitrücken die beiden Väter mittrinken. Mister Horn wurde immer gesprächiger.

Eben begann er:

„Ihr wüßt noch gar net, wie mir dort schaffa: do stellt mer am Morga früh uf, zieht sein bloa Kittel a, setzt sei Brill uf, und bindt sich die Nas zu...“

„Ja, wie dann am Morga? unterbrach ihn der Bastians Jerk, du sagst doch, daß die Vorstellung im Tiater am Owed oofanga tät?“

„No ja, wie saat ich dann? Ich wollt aa saga am Owed“.

„Der Theaterdirektor zieht wol n bloa Kittel o?“

„No ja doch, n n n Rock, n n blötlicherna, un do geht s so in die Fabrik nel... Ich wollt saga: ins Tiater nel...“

„Ja, warum dann die Nas zubina?“

„Ja Bruder, do us dr n Gstank, daß mer bal versticka tut...“

„Im Tiater?... was stinkt dann do? Do tut mer doch kaan Mist fahra?“ fragte der Jerk.

„A... a... a... trink mol aans, Brüder!“

„Na“, begann der Hannesa Peter das Gespräch abermals, „du sagst: s stinkt im Tiater: ja was stinkt dann dort?“

„Ach was... in der Fabrik stinkt sl...“

„Ewer in Tiater?“

„El was willst du... die Dama, wu dort ins Tiater komma, die spritzta sich mit allerhand Tropa el, un des gebt so n Geruch, daß mer Kopfweh kriecht, wann mer sich die Nas net zubindt“, gab Horn etwas gereizt zurück.

„Geh nor; do hun wol alla die Nasa zugbuna?“

„Gwiß doch, sonst täta sie jo aus der Nasa bluta, wie mir dr erscha Tag uf dr Erwet“.

„No, mach kaa Sacha?“

„So hörst du s; do gebt s Staab, wann mir so mit der Schipp des schwarza eklicha Sacha (er spuckte) elsack... ach Gott, mir wolla... mol, mol aans... aans trinka. Gesundheit, Brüder!“

„Gesundheit!“ klang es von allen Seiten wieder...“

„Horch mol, Schwär“, nahm Andres das Gespräch zum Entsetzen des Mister Horn von neuem auf, „du sagst: ‚elsack!‘ im Tiater sackt mer wohl aach el?“

Vater Horn war unterdessen betrunken geworden, alles schien sich im Kreise um ihn zu drehen, die Begriffe wirbelten durcheinander, und er lallte nur noch abgerissene Worte:

„Ach was, Tiater, Fabrik, Stock-Yards, Chicago, Dünger, s is alles aan Teifel...“ und im plötzlichen Entschlusse, als ob er endlich das richtige Wort gefunden, rief er schrill: „Gesundheit! Gesundheit!“

Er stülpte noch ein Glas Kognak hinunter; da wankte er ganz bedenklieh, und sank auf seinen Stuhl zurück.

Auch der Hausvater konnte kaum die Augenlider emporheben. Auch schien die Bank auf der er saß, eine ganz besonders widerstehliche Anziehungskraft zu besitzen.

Die Gäste merkten, daß es Zeit zum Aufbruch sei, denn es war unterdessen ganz hell geworden und der Kühhirt knallte auf der Straße mit der Peitsche; sie sagten „Adjes!“ und gingen.

Auch Horns erhoben sich und lenkten ihre Schritte helmwärts, wobei Vater Horn von seiner Frau und seinem „Dschon“ geführt werden mußte.

**Expedition**

**sucht nach**

**versunkenen Schiffen**

Eine weitere Expedition des Zentrums für wissenschaftlich-technische Tätigkeit, Forschungen und Sozialinitiativen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Leningrad wird in der Ostsee nach versunkenen Schiffen und Flugzeugen aus dem ersten und zweiten Weltkrieg suchen. In relativ kurzer Zeit konnte sie allein im Finnischen Meerbusen über 200 russische und ausländische Schiffe und Flugzeuge identifizieren. Es gab auch Funde aus der Zeit des Entstehens der russischen Flotte.

Die Expedition will sechs wissenschaftliche Programme, drei davon internationale, realisieren. Die Sucharbeiten werden auch in der Barentssee, dem Schwarzen und dem Asowschen Meer durchgeführt. Zu Ende des Jahres wird ein Seminar über die Unterwasserarchäologie unter Teilnahme von Spezialisten mehrerer Staaten stattfinden. Unter der Schirmherrschaft der UNESCO wird die Expedition des Zentrums auf dem Seidenseweg in den Indischen Ozean reisen.

(TASS)

Zum Schmunzeln, Lachen und... Nachdenken

**Perestroika-Schnörkel**

Bei uns geht's gut, bei uns geht's gut. Wir leben ohne Sorgen: Wenn die Leut' zu Mittag essen, essen wir zu Morgen. Nach der dritten Konferenz ist uns eingefallen: Schnörkel von dem Wolgastrand müssen anders schallen. Es ist nicht gut, es ist nicht gut, daß unsre letzte Sorge uns um die deutsche Sprache bringt, wir sehen schon kein Morgen. Wir stehen in der „Otschered“ nach ein paar Stückchen Seife, und wenn's uns „nechwatajet“ hat, dann tun wir lustig pfeifen. Wenn das Benzin zu Ende ist, da hilft uns auch kein Schreiben: Wir steigen aus dem Auto aus und müssen es „tolkaje“. Die Wolga ist von Fischen leer, das macht jetzt niemand Sorgen: Wir angeln keine Fische mehr, und braten nichts am Morgen. Mit der sowjetdeutschen Frage

macht die Regierung alles fix: Sie spricht sehr viel, sie schreibt sehr viel, doch vorbereiten tut sie nix. Die Perestroika-Umgestaltung denkt für uns noch vieles aus, doch die sowjetdeutsche Lage ist ein luftgebautes Haus. Schon fünfzig Jahre dreht der Weg sich unendlich im Kreise, und wer's nicht mehr ertragen kann, der tut nach Deutschland reisen. Doch unsre Heimat ist zu Haus' am lieben Wolgastrande, wir wollen nicht nach Westen ziehn, wir bleiben hier im Lande. Liebe Leut', was wir gesungen ist bestimmt euch nicht egal: Wenn's uns heute nicht gelungen, dann gelingt's zum nächsten Mal.

Johannes MENGEL

Chefredakteur Konstantin EHRlich

**Unsere Anschrift:**

Kasachische SSR, 480044, Alma-Ata ul. M. Gorkogo, 50 4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionsekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefle — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ» Газета ЦК Компартии Казахстана ИНДЕКС 654143 Выходит 250 раз в году

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Объем 2 печатных листа Заказ 11995.